

Grußwort
des Bundesvorsitzenden des Deutschen Richterbundes
zur Demonstration von Richtern und Staatsanwälten
am 13.5.2013 in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bedaure sehr, wegen einer schon länger angekündigten Vortragsveranstaltung nicht selbst an Ihrer Seite demonstrieren zu können. Für die Gelegenheit, Sie wenigstens auf diesem Weg im Namen des Präsidiums des Deutschen Richterbundes begrüßen und unterstützen zu können, bedanke ich mich.

Wir alle haben großen Respekt davor, dass Sie mit dieser beeindruckenden Veranstaltung erneut ein Zeichen für die solidarische Stärke der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen im Kampf um eine amtsangemessene Besoldung setzen. Sie sind damit Vorbild für die Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland, die mit Ihnen heute verbunden sind.

Anrede

Sie setzen Ihre Solidarität gegen die Aufkündigung der Verlässlichkeit ihres Dienstherrn, der sich mit den Besoldungsentscheidungen des Haushalts 2013/2014 an die Spitze des Schätigkeitswettbewerbs der Bundesländer gesetzt hat. Es ist eines Landes, das unerwartet hohe Steuereinnahmen hat, unwürdig, wenn es seine Richter und Staatsanwälte auf die Straße zwingt, um für ihre gerechte Besoldung eintreten zu müssen. Was ist das für ein Land, in dem Richter und Staatsanwälte, die in ihrer täglichen Berufsausübung für Ausgleich und Zurückhaltung stehen, den verloren gegangenen Respekt der Politik vor ihren besonderen Aufgaben bei der Gewährleistung des Rechtsgewährungsanspruchs der Bürgerinnen und Bürger mit dem Mittel der Demonstration einfordern müssen.

Anrede

NRW leistet sich dauerhaft eine ungenügende Personalausstattung der Justiz und verkürzt so den Rechtsgewährungsanspruch der Bürger dieses Landes.

Als Treuhändler der Bürger, für die uns die Rechtsprechung in der Verfassung anvertraut ist, müssen wir uns selbst erstreiten, was selbstverständlich sein sollte.

Es geht in diesem Verteilungskampf nicht um eine Wertediskussion um die besondere Bedeutung der Rechtsprechung für gesellschaftliche Stabilität, nicht um die hohen Anforderungen an die Verantwortung und den Einsatz der Amtsträger in der Justiz sondern um Rechtsgewährung nach Kassenlage.

Die politisch Verantwortlichen honorieren nicht, dass die Justiz trotz offensichtlicher und deshalb auch gewollter Überlastung in überobligatorischer Pflichterfüllung, hoher Qualität bei zeitnahen Entscheidungen und in besonderem Verantwortungsbewusstsein als verlässliche Garantin des Rechtsstaates seit Jahren Vorleistungen erbringt, für die sie das Vertrauen der Bevölkerung genießt und auch international Vorbildfunktion hat. Wenigstens die Bürger und wir wissen, dass eine unabhängige und leistungsfähige Justiz unverzichtbarer Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft und einer funktionierenden Wirtschaft ist, welche wichtige, friedensstiftende Funktion Gerichte und Staatsanwaltschaften haben.

Anrede

Dies alles wird von den Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland geleistet, nicht wegen, sondern trotz der von der Exekutive und den Landeshaushaltsgesetzgebern gesetzten Rahmenbedingungen: Besoldungsentscheidungen werden aus der Ideologie, Richter und Staatsanwälte dem für beliebige Eingriffe offen stehenden Steinbruch der Besserverdiener zuordnen zu können, getroffen. Sie sind - entgegen dem behaupteten Anspruch - nicht sozialpolitisch ausgewogen, sondern weisen z.B. hoch qualifizierten jungen Richtern nach einem langjährigen Studium, einer Referendarzeit und häufig weiteren beruflichen Stationen eine Besoldung unter dem Niveau von Facharbeitern am Ende ihrer Ausbildung zu. Wie sollen Richter und Staatsanwälte glaubhaft einen Staat repräsentieren, der ihnen mit ihren Familien auf einem von der allgemeinen Einkommensentwicklung ohnehin abgehängten Gehaltsniveau immer weitere Sonderopfer zumutet? Laienrichter sind erschrocken, wenn sie hören, wie Berufsrichter bezahlt werden. Die Gehälter in Führungsämtern der Justiz, die nicht zuletzt mit hoher Personalverantwortung verbunden sind, betragen einen

Bruchteil der in Anwaltschaft und Wirtschaft üblichen Vergütungen für Spitzenkräfte in vergleichbaren Funktionen.

In kaufkraftbereinigten Besoldungstabellen der Europäischen Union sind wir nun endgültig ans Ende durchgereicht worden. In keinem anderen europäischen Land liegt das Einstiegsgehalt in der Justiz wie in Deutschland unterhalb des nationalen Durchschnittseinkommens.

Mehr denn je ist unsere Forderung nach einer Rückkehr zur bundeseinheitlichen R-Besoldung berechtigt. Die Zersplitterung der Gehaltssituation in der Justiz in der Folge der Föderalismusreform 2006 hat in kürzester Zeit genau die Verhältnisse geschaffen, die 1974 zur Einführung einer eigenen, einheitlichen Besoldung der Richter und Staatsanwälte geführt haben.

Anrede

Mehrere Verwaltungsgerichte haben die Bezüge in der Justiz als verfassungswidrig niedrig eingestuft und die Verfahren dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Wie immer die längst überfällige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Amtsgemessenheit unserer Besoldung ausfallen wird: Wir werden deutlich machen, dass jede Besoldungsentscheidung eine Entscheidung für oder gegen den Erhalt der hohen Qualität der deutschen Justiz ist, für oder gegen die Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die in der Justiz die ihnen anvertrauten Ämter wahrnehmen.

Anrede

Die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten in Deutschland ist mittlerweile derart unzureichend geworden, dass sich Grundfragen des Dienstrechts stellen. Dienstherren, die einseitig die Prinzipien der Verlässlichkeit in Besoldung und Versorgung brechen, kündigen das Vertrauensverhältnis mit der Richterschaft und Beamtenschaft auf und setzen die Grundlagen der Loyalität im Kernbereich unseres bisher bewährten Staatssystems auf Spiel.

Es macht mich wütend und traurig zugleich, wie hier in Nordrhein-Westfalen sehenden Auges die Erosion der Staatlichkeit in Richterschaft und Beamtenschaft betrieben wird.

Kühl kalkulierte Strategie ist nicht mehr nur, dass man Versprechen nicht einhält, sondern dass man in den Haushalt quasi als sichere Position eingepreist hat, wessen Vertrauen man täuscht, wen man – wie manche sagen – mit dem vermeintlich geringsten Risiko anlügen kann.

Bei Beamten und Richtern fühlt sich die Politik offenbar am sichersten, weil die Kolleginnen und Kollegen aus innerer Überzeugung loyal sind, loyal im Vertrauen auf die Verlässlichkeit eines fürsorgenden Dienstherrn, weil sie hohe berufsethische Ansprüche an sich selbst haben, und wohl auch, weil Richter und Staatsanwälte nicht streiken dürfen.

Diese Rechnung kann und darf nicht aufgehen.

Anrede

Von den Justizministern hören wir nur - mittlerweile offenes - Klagen über die eigene schwache Position in den Verhandlungen mit den Finanzministern, deren Ergebnisse sie aber dennoch als Erfolg verteidigen. Welcher Justizminister hat sich öffentlich als Sachwalter für eine amtsangemessene Besoldung gerade in der Justiz eingesetzt und hierfür die Unterstützung der Bürger und der Betroffenen gesucht?

Ich darf Ihnen versichern, dass wir uns in einer eigenverwalteten Justiz so nicht vorführen lassen würden. Wir würden in einem transparenten Diskussionsprozess deutlich machen, dass Personalausstattungs- und Besoldungsentscheidungen in der Justiz zentrale politische Entscheidungen im Kernbereich staatlichen Handelns und parlamentarischer Verantwortung sind: für oder gegen die Justiz, für oder gegen die rechtssuchenden Bürger.

Anrede

Ich erhoffe mir von der heutigen Demonstration ein **kraftvolles** (sic) Signal an die Regierung, den Mut zu haben, die Richterschaft und Beamtenschaft in NRW angemessen zu besolden. Sie müsste sich dazu nur ihrer Versprechungen erinnern, denen ja vielleicht doch Überzeugungen zugrunde gelegen haben.